

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/4

Hannover, 14. Januar 1947
Telefon 20 9 51

Kabarett von München

Der Geist der Münchener Tagung von Parteivorstand und Parteiausschuss der SPD entspricht in seinem schonungslos nüchternen, bitter ernsten und stark kritischen Gehalt der Lage, in der sich heute ganz Deutschland befindet. Jeden Gedanken, jede Rede und jede Entschliessung kennzeichnet das übereinstimmende Bewusstsein aller, dass die sozialistische Idee heute und hier in der entscheidenden Phase ihres Kampfes steht und unbedingt Gestalt gewinnen muss. Die Münchener Tage waren gleichzeitig eine lebendige Illustrierung für die Art, in der die Wege politischer Erkenntnis in einer Demokratie zu finden sind: in einem wachen Meinungsaustausch statt im blinden Beifall um jeden Preis, in rückhaltloser Offenheit statt in heiligen Vorbehalten, in vollkommenem Vertrauen auch dort, wo die Meinungen auseinandergehen.

Und die Meinungen gingen in manchen Stücken auseinander - allerdings nicht im Grundsätzlichen. Hier ist die Linie vollkommen klar. Richtschnur des Handelns der SPD sind unverändert die Kölner Beschlüsse, die nun dreieinhalb Monate zurückliegen. Auf's äusserste gestrafft seien hier noch einmal ihre wesentlichsten wirtschaftlichen Forderungen verzeichnet: Gerechter Lastenausgleich, Sozialisierung der Grundstoffindustrien, durchgreifende und produktionsfördernde Agrarreform, Beteiligung der deutschen Wirtschaftsverwaltung an der Kontrolle von Kohlenwirtschaft und Eisenindustrie, Beendigung der Demontagepolitik, Ernährungssicherung, Hausbrandversorgung, demokratische Kontrolle aller Zentralverwaltungen. Diese Beschlüsse sollen also als Richtschnur massgebend sein, niemand denkt daran, sie in jeder Wendung und dem Buchstaben nach als unumstössliches Evangelium anzusehen. Man ist in der Sozialdemokratischen Partei auch allgemein und mit guten Gründen davon überzeugt, dass diese Willensbekundung auch bereits

ihre zumindest mittelbare Wirkungen gehabt hat, wobei man an das Zweizonenabkommen und die englischen Sozialisierungsbeschlüsse für die Schlüsselindustrien in Westdeutschland denken kann.

Die Unzufriedenheit der Partei über die politische Situation in Deutschland ist enorm angewachsen. Die Krise des Winters ist von sozialdemokratischer Seite seit langer und unter Anführung von Einzelheiten, die sich verblüffend erfüllt haben, vorausgesagt worden. Ganz bestimmte Vorschläge, die rechtzeitig gemacht wurden, bei deren Nichtbeachtung ebenso bestimmte Folgen vorausgesagt wurden, unterblieben, und jene Wirkungen haben sich prompt eingestellt. Es hat sich erwiesen, dass die Länderregierungen ein Sonntagsdasein führen, dass die Militärregierung alles entscheidet. Leider ist auch die Einsicht allgemein, dass ungezählte Deutsche sich in diesem Elend geradezu schändlich egoistisch benehmen, ihr persönliches Interesse nicht in die geringste Beziehung zu den allgemeinen Notwendigkeiten setzen. Gerade auch aus all diesen Gründen ist man der Überzeugung, dass heute die in der Kölner Entschliessung aufgestellten Forderungen keine Parteiprogrammpunkte, sondern ganz unerlässliche Forderungen des deutschen Gesamtinteresses sind.

Die Verhältnisse legen nun freilich einer Verwirklichung dieses Programms manche Schwierigkeiten in den Weg. Zwar verwalten in acht deutschen Ländern Sozialdemokraten das Wirtschaftsressort. Aber als Minister von deutschen Ländern der Gegenwart haben sie nichts Wesentliches zu sagen. Das Zweizonenabkommen ist rund 14 Tage alt und muss sich erst bewähren, trotz aller Vorschüsslerbeeren, die man ihm gespendet hat. Die unerlässliche Erweiterung der Westzonenvereinigung auf die russische und französische Zone liegt offenbar noch im weiten Felde. In den beiden übrigen grossen Parteien, der CDU und der KPD, gibt es gewiss in der breiten Masse der Anhängerschaft starke Kräfte, die den wirklichen demokratischen Sozialismus wollen. Aber diese Parteien werden von ihren Führungen immer wieder an der Nase herumgeführt und zu Zielen gedrängt, die mit den eigentlichen Absichten der Geführten sehr wenig zu tun haben.

Die Leitung der SPD hat sich in München schweren Herzens entschlossen, trotz aller dieser Hemmnisse, die hier gewiss nicht vollzählig aufgeführt wurden, den beschrittenen Weg der Mitarbeit noch nicht zu ver-

lassen. Im-Grunde sind es nur die Tatsache der in Gang befindlichen internationalen Verhandlungen und der weitere Umstand, dass man noch die ersten Ergebnisse des Zweizonenabkommens abwarten will, die verhindert haben, dass man sogleich die letzte Konsequenz zog und sich aus dem kümmerlichen Regierungs- oder besser Verwaltungsbereich ganz zurückzieht, den die Militärregierung den Ländern zugebilligt hat. Aber auch unter diesen Umständen bleibt die Forderung nach einer Berücksichtigung der sozialdemokratischen Wünsche hinsichtlich der Posten in den bizonalen Ämtern bestehen.

Die Partei ist also, trotz allem, bereit, einen letzten Versuch zu unternehmen, mit einem dringenden Appell an alle zum Sozialismus bereiteten politischen Kräfte in Deutschland heranzutreten und sie zu einer klaren unverwässerten Lösung aufzufordern. Vielleicht wäre es sogar gut gewesen, einen kurzfristigen Termin für die Festlegung der Antwort zu bestimmen. Schlägt auch dieser Versuch fehl - und es gibt in führenden SPD-Kreisen die stark vertretene Meinung, dass es schon jetzt verfehlt ist, ihn überhaupt noch zu unternehmen - so wird nichts die SPD abhalten können, sich ganz aus der ohnehin so gefährlich beschränkten Verantwortung zurückzuziehen. Über die politische Anziehungskraft einer Partei, die wie keine andere den sozialistischen Willen der Massen verkörpert, die, wie jeder sehen kann, in ehrlicher Bereitschaft wirklich alles versucht hat, auch international den Weg der Zusammenarbeit zu gehen und die mit all diesem guten Willen an Widerständen gescheitert ist, die nichts mit höherem Gewalt, umso mehr aber mit fehlender Vernunft zu tun haben, sollte man sich nirgends einer Täuschung hingeben. (m/1/141/he)

Regierungsbildung in Hessen

von Wilh. Knothe, Frankfurt a. Main

Vorsitzender des Landes-Partei Vorstandes der SPD Gross-Hessen

Mit den hessischen Landtagswahlen vom 1. Dezember wurde die Sozialdemokratie mit 38 von 90 Sitzen wiederum die stärkste Partei. Ihr Abstand zur zweiten Partei, der CDU (28 Sitze), ist beträchtlich grösser geworden. Dieses Wahlergebnis ist für die sozialistische und demokratische Politik in Hessen eine Verpflichtung, aus der bei der Regierungsbildung die Konsequenzen gezogen wurden. Die Sozialdemokratie hat mit der Wahl von Christian Stock zum Ministerpräsidenten die Führung der hessischen Regierung übernommen, damit zugleich die Verpflichtung, eine dauerhafte, auf breite Volkskreise gestützte Regierung zu bilden, um in den Bedräng-

nissen dieser Zeit den allgemeinen Not und der zunehmenden Verelendung Einhalt gebieten zu können.

Es stand für jeden Verständigen fest, dass nach dem Wahlergebnis der von der Sozialdemokratie benannte Politiker die Führung der hessischen Staatsgeschäfte zu übernehmen hat. Nur wer die Opposition um der Opposition willen, die Agitation um der Agitation willen betreibt, nur wer Schachzüge und Kniffe über politische Verantwortung stellt, konnte deshalb bei der Wahl des Ministerpräsidenten den Vorschlag der SPD die Zustimmung verweigern. Zwei Fraktionen des hessischen Landtages haben diesen Weg gewählt. Die Liberaldemokraten gaben weisse Stimmzettel ab und erklärten zugleich, dass sie zur neuen Regierung in Opposition treten würden. Sie setzen damit in Hessen die reaktionäre, auf billige Agitation bedachte Politik fort, die sie bereits in der verfassungsberatenden Landesversammlung betrieben, mit der sie den Wahlkampf und die Ablehnung der Verfassung beim Volksentscheid bestritten. Die Kommunisten haben es für richtig gehalten, unmittelbar vor der Ministerpräsidentenwahl einen Gegenkandidaten zu nominieren. Sie hatten sich für diese Kandidatur einen Sozialdemokraten ausgesucht, Willy Richter, Vorsitzender der Gewerkschaften Hesses. Aber sie hätten ihren Kandidaten nicht einmal gefragt, geschweige denn, seine Zustimmung zu dieser Kandidatur erlangt. Mit diesem Manöver haben sie sich selbst von der Regierungsbildung ausgeschlossen. Wer um eines billigen Agitationserfolges willen bei der Wahl eines Ministerpräsidenten so operiert wie die Kommunisten im hessischen Landtag, kann nicht mehr erwarten, als ernst zu nehmender politischer Faktor gewertet zu werden.

Die neue hessische Regierung besteht aus fünf sozialdemokratischen und vier CDU Ministern. Das Zahlenverhältnis allein aber gibt das politische Gewicht der Regierung nicht wieder. Ministerpräsident und Innenminister, Justizminister und Minister für politische Befreiung sind Sozialdemokraten. Große Besetzung des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr wurde bei der Regierungsbildung hart gerungen. Der Landesvorsitzende der CDU verwaltete bisher dieses Amt. In der neuen hessischen Regierung ist es Dr. Harald Koch übertragen worden, der als Wirtschafts- und Finanzminister Oldenburgs für die praktische Verwirklichung des demokratischen Sozialismus bedeutende Erfolge erzielt hat. Mit dieser Verteilung der Ministerämter sind die politischen und wirtschaftlichen Schlüsselstellungen der Regierung in der Hand der Sozialdemokratie. Das war und ist der Auftrag der hessischen Wähler, den sie am 1. Dezember den Abgeordneten der SPD übertrugen.

Rein nach dem Zahlenverhältnis wäre auch eine Regierungsbildung von SPD und KPD denkbar gewesen. 38 sozialdemokratischen und 10 kommunistischen Mandaten hätten dann im Landtag 28 Mandate der CDU und 14 Mandate der LDP gegenübergestanden. 48:42 ist aber nur scheinbar eine Majorität. Jede Erkrankung gefährdet eine solche Mehrheit sogar bei der Abstimmung. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten hatten die Kommunisten erneut gezeigt, dass für sie die Politik sich in der Agitation erschöpft. Als einziger Regierungspartner der Sozialdemokratie hätten sie der Versuchung bestimmt nicht widerstanden, eine billige Agitation fortzusetzen. In der Fraktion und im Landesvorstand

hat sich deshalb auch keine Stimme für eine nur auf SPD und KPD gestützte Regierungskoalition erhoben. Eine Minderheitenregierung nur aus Sozialdemokraten bestehend, wurde von einer vierfünftel Mehrheit der Fraktion und fast einstimmig vom Landesvorstand verworfen.

Die Regierungsbildung mit der CDU bot deshalb die einzige Möglichkeit, in der Not der Zeit eine dauerhafte Regierung zu schaffen, die Gewähr für eine demokratische und sozialistische Politik bietet. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Stock entwickelt ein Programm der ruhigen, sachlichen Arbeit, bewusst auf eine entschiedene Demokratisierung des gesamten öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens und auf eine entschlossene Förderung der, dank der sozialdemokratischen Politik bereits in der Verfassung festgelegten, Sozialisierung ausgerichtet. Hessen kann sich nach dem Wahlergebnis vom 1. Dezember 1946, nach der Zusammensetzung seiner neuen Regierung und ihrem Programm als das Bollwerk des demokratischen Sozialismus im Westen Deutschlands ansehen, so wie Berlin es in der Ostzone ist. (m/1/131/he)

Politik im Nordmeer

von Paul Pömmmer, Berlin

Als am 9. Februar 1920 in Paris der sog. Spitzbergen-Vertrag unterzeichnet wurde, erakelten die Kommentare der Weltpresse über eine vermutete russische Stellungnahme, die, so meinte man, den Vertrag ablehnen würde. Am 7. Mai 1935 trat die Sowjetunion jedoch dem Vertrag bei. Er hatte die volle Anerkennung der Souveränität Norwegens über die Inseln Spitzbergens zum Inhalt und verbietet es Norwegen, irgendwelche militärischen Stützpunkte auf Spitzbergen anzulegen oder zu dulden, dass eine andere Macht dort Stützpunkte bildet. Man glaubte, das neue bolschewistische Russland werde die Politik des Zarenreiches fortsetzen, das an das Weltmeer strebte. Die Machthaber im Kreml bekehrten die Welt jedoch eines anderen.

Im Rahmen der Besprechungen, die zwischen der Sowjetregierung und der norwegischen Exilregierung in London während des Krieges stattfanden und die zunächst eine Regelung der Verwaltungsfragen in Nordnorwegen zum Gegenstand hatten, wurde auch eine russische Anregung erneut erörtert, die bereits im Herbst 1940 mit der norwegischen Regierung besprochen worden war und die für die Sowjetunion gewisse finanzielle Erleichterungen auf Spitzbergen schaffen sollte. Im Verlauf der norwegisch-russischen Besprechungen in London hat Spitzbergen dann eine zunehmend grössere Rolle gespielt, ohne dass es damals zu bindenden Abmachungen kam. Noch im Frühjahr 1945 wurde der Gedankenaustausch fortgesetzt. Dann überschattete das Kriegsende alle anderen Ereignisse und Planungen.

Die Moskauer Regierung hat nun, wie zunächst englische Nachrichten meldeten, erneut den Wunsch ausgesprochen, Stützpunkte auf Spitzbergen zu erlangen. Es muss klar sein, dass noch keinesfalls bekannt ist

dass die Sowjetunion militärische Stützpunkte verlangt hat, noch weniger ist bekannt, ob es sich um solche für die Luftwaffe oder für die Marine handelt. Die norwegische Regierung hat von dem Begehren der Sowjetunion an die Mitunterzeichner des Pariser Vertrages von 1921 Mitteilung gemacht, also an Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Schweden und die USA. Auch Japan und Deutschland (dieses jedoch erst fünf Jahre später) hatten den Vertrag unterzeichnet. Es ist anzunehmen, dass eine norwegische Entscheidung, die Verhandlungen mit der Sowjetunion mit dem Ziel eines formellen Abschlusses aufzunehmen, zugleich die Mitunterzeichner berührt. Der Umfang und die Zahl der Kommentare in den Zeitungen der genannten Länder beweisen, wie gross das Interesse am künftigen politischen und militärischen Status von Spitzbergen ist. (m/2/141/he)

Autonomie für das Saargebiet gefordert

Frankreich wird bei der Moskauer Konferenz, wie "New York Herald Tribune" meldet, nicht nur die wirtschaftliche Angliederung des Saargebietes an Frankreich, sondern auch die Bildung eines autonomen Saarstaates verlangen. Dieser unabhängige Saar-Staat würde als deutscher Staat funktionieren, aber völlig unabhängig von einer deutschen Zentralregierung sein. Eine Frage, über die sich die französischen Experten noch beraten, ist die zukünftige Besitzregelung der Saargruben. In Frankreich sind sämtliche Kohlengruben bekanntlich verstaatlicht worden. Es geht nun um die Entscheidung, ob auch die Saargruben in französischen Staatsbesitz übergehen oder Privateigentum bleiben sollen. (m/Bio/1/141/he)

1,5 Mill. sf-Kredit für Lörrach

Die Regierung der Stadt Basel hat dem Stadt- und Landkreis Lörrach, einem Grenzgebiet an der Schweizer Grenze, einen Kredit von 1,5 Millionen Schweizer Franken zum Ankauf von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt. Die französische Militärregierung hat die Genehmigung des Kredits genehmigt. (B/B6/1/81/he)

Wehrhalb Schacht freigesprochen wurde

Der überraschende Freispruch Dr. Hjalmar Schachts im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozess hat jetzt seine interessante Aufklärung gefunden. Er erfolgte, weil sich zwei der vier Richter für die anderen beiden über gegen eine Verurteilung ausgesprochen, die Gerichtssatzungen jedoch eine Dreiviertel-Mehrheit für eine Aburteilung vorausetzten. Für die Verurteilung Schachts sprachen sich der amerikanische und russische Richter aus, während Englands und Frankreichs Vertreter im Richter-Kollegium für einen Freispruch eintraten. Der Franzose hatte ursprünglich für eine Verurteilung Schachts zu einer kurzen Freiheitsstrafe plädiert, hatte sich dann aber dem englischen Standpunkt angeschlossen. Dr. Schacht hatte also ausgesprochenes Glück, dass er so ungestraft davonkam. (m/Bio/1/141/he)

Hinweis für die Redaktion

Im Hinblick auf die Wahl des französischen Staatspräsidenten verweisen wir auf den Beitrag unseres Dienstes über Vincent Auric Nr. 45 vom 13. Dez. 1946

Verantwortlich: Fritz Säger, Hannover

18.1.1967
Georgstr. 33

An alle Beziehher

Bitte sofort erledigen!

Sehr geehrte Herren Kollegen!

Wie uns mitgeteilt wird, ändern in diesen Tagen viele Zeitungen ihre Erscheinungsweise. Damit ändert sich auch der Redaktionsschluss. Wir müssen also, um die Zusendung unserer Dienste so weit wie möglich zu beschleunigen, die Absendezeiten ändern und bitten Sie darum, das anhängende Formular sogleich auszufüllen und uns umgehend wieder zuzusenden.

Wir machen Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie uns auch telefonisch erreichen können und daß auch Sie, wie es eine Reihe von Zeitungen bereits regelmäßig macht, an Ihren Umbruchtagen Artikel oder Nachrichten bei uns abfragen können.

Benutzen Sie dafür den Anschluß: H a n n o v e r 2 0 9 5 1.

Hochachtungsvoll!

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Redaktion

for [Signature]

Name der Zeitung:

Anschrift:

Telefonanschluß:

Letzter Termin für eilige Nachrichten:

Umbruchstage:

(Ort und Datum)

(Unterschrift)